

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und ähnlichen Anzeigen die 3 realisierte Kolonnenzeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Vetz, Druck von E. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Kommt der Friede??

Die Antwort auf Deutschlands Friedensvorschläge hat viel Enttäuschungen ausgelöst. Die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden, die nach dem begrüßenswerten Schritt der deutschen Regierung hoch aufklimmen, sind zu einem kaum noch glimmenden Fünkchen zusammengesunken.

Tatsächlich scheint es so, als ob die Antwort der gegen Deutschland verbündeten Mächte jede weitere Friedensverörterung abschneide. Es heißt darin höhnend: „Ein Vorschlag ohne Angabe von Bedingungen für die Eröffnung der Unterhandlungen ist kein Friedensvorschlag. Der angebotene Vorschlag, dem jeder Inhalt und jede Genauigkeit fehlt, und den die kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt hat, gleicht wohl nicht so sehr einem Friedensvorschlag als vielmehr einem gewöhnlichen Kriegsmantel.“ Die Antwort versucht dann diesen Satz zu begründen, und sie geht weiterhin auf die Frage ein, wer die Schuld am Ausbruch dieses Krieges trägt. Wobei sie selbstverständlich zu dem Ergebnis kommt, daß alle Schuld bei Deutschland und seinen Verbündeten und alles Recht bei Deutschlands Gegnern liegt. Da dieselbe Unterjochung, wenn sie deutscherseits angestellt wird, zu dem genau entgegengesetzten Resultat führt, wird eine Einigung über diese Frage nicht zu erzielen sein. Soll der Friede erst geschlossen werden nach der Klärung der Schuldfrage, so wird die jetzige Generation ihn kaum erleben. Deutschlands Gegner brauchen jedoch die Herausstellung der Schuldfrage zu einem ganz bestimmten Zweck. Sie sind militärisch im Nachteil und wirtschaftlich nicht viel voraus. Trotzdem wollen sie nur einen Frieden haben, der ihnen mehr gibt als nimmt. Von einer „Zerschmetterung“ Deutschlands reden und schreiben allerdings auch drüben nur einige Aufgeregte, aber auch von ernst zu nehmenden Deuten und Körperschaften werden Forderungen aufgestellt, die zu der militärischen Lage passen wie die Faust aufs Auge. Also werden sie „moralisch“ begründet. Deutschland hat angefangen — also muß es „bestraft“ werden, also darf der Frieden nicht auf die Kriegslage, sondern nur auf die „Rechtslage“ begründet werden. Also heißt es voller Unentwegtheit in der Antwort auf Deutschlands Vorschlag:

„Im vollen Bewußtsein des Ernstes, aber auch der Forderung des Augenblicks entsprechend,

lehnen die Regierungen der alliierten Staaten, untereinander eng verbunden und in vollkommener Uebereinstimmung mit ihren Vätern, die Annahme eines Vorschlags ohne Aufrichtigkeit und ohne Zweck und erklären nochmals, daß kein Frieden möglich ist, solange sie nicht der Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten sowie der Anerkennung des Nationalitätsprinzips und des freien Fortbestehens der kleinen Staaten versichert sind. Solange nicht sicher ist, daß eine Regelung getroffen werden wird, welche von der Art sein wird, daß sie definitiv die Ursachen beseitigt, welche die Völker solange bedroht haben und die einzigen zweckmäßigen Garantien für die Sicherheit der Welt gibt.“

Diese Ablehnung klingt sehr forsch und unbedingt. Es ist verständlich, daß sie vielfach als Abbruch aller Auseinandersetzungen, als unbedingte Ablehnung jeder Verhandlung im jetzigen Stadium des Krieges aufgefaßt wird. Tatsächlich ist die Antwort bedingt und zweideutig wie alle diplomatischen Schriftstücke. Es wird durchaus nicht der deutsche Vorschlag an sich abgelehnt, sondern nur der „Vorschlag ohne Angabe von Bedingungen für die Eröffnung der Unterhandlungen“, der Vorschlag „ohne Aufrichtigkeit und Zweck“.

Aus der Diplomatensprache in verständliches Deutsch übersetzt heißt das ungefähr: nennt uns erst einmal eure Friedensbedingungen, dann werden wir weiter sehen!

An diesem Punkt begegnet sich nun die Antwort halbwegs mit einem Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der alle Mächte ersucht, ihre Friedensbedingungen bekanntzugeben. Diesem Vorschlag haben sich die skandinavischen Staaten und die Schweiz angeschlossen. Deutschland hat darauf erwidert, daß es seine Bedingungen einer Konferenz von Vertretern der kriegführenden Staaten unterbreiten wolle, die Antwort von Deutschlands Gegnern steht bei Abfassung dieser Zeilen noch aus. Wie sie aber auch ausfallen möge: von dem Vorbehalt in der Antwort der Entente führt über den Vorschlag Wilsons ein Weg zu der von Deutschland vorgeschlagenen Konferenz. Ob dieser Weg beschritten wird, ob die kriegführenden Mächte sich zu einer Bekanntgabe ihrer Friedensbedingungen verstehen werden und ob diese Bedingungen so sind, daß sie Verhandlungen darüber erziehllich erscheinen lassen — das sind Fragen, die sich in der nächsten Zukunft entscheiden werden.

Jedenfalls ist die Lage nicht hoffnungslos, der Weg zum Frieden nicht ganz gesperrt. Die deutsche Regierung hat sich bisher über ihre Kriegsziele sehr zurückhaltend geäußert; es ist jedoch anzunehmen, daß sie keine Forderungen stellen wird, die für die Gegner unannehmbar sind. Auch diejenigen Kreise in Deutschland, die zuweilen den Mund sehr voll genommen haben, scheinen sich mäßigen zu wollen. Allerdings klingt es mehr nach Resignation als nach Einsicht, wenn einer der Führer dieser Kreise, Professor Dietrich Schäfer, kürzlich im „Reichsboten“ schrieb:

„Alle diese Jahre haben wir unsern Weg zu wandern, gedrückt von der ungeheuren Last der Kriegsschulden, der unablässigen Verpflichtungen gegenüber den Millionen von Geschädigten, der Instandhaltung alles dessen, was für friedliche und kriegerische Betätigung unsres Reiches und seiner Einzelstaaten unentbehrlich ist. Von den Gegnern

haben wir nicht allzu viel Ruhe zu erwarten. Die Zubericht, mit der zu Anfang des Krieges der Leiter unsrer Reichsfinanzen seine Gelbhaften auf die Feinde abzuwälzen hoffte, ist längst geschwunden. Es läuft auf Scheidemanns Weisheit hinaus: Jeder trage seine Lasten.“

Diese Erkenntnis ist natürlich noch nicht allgemein. Die „National-liberale Korrespondenz“ meinte sogar kürzlich, die Parole: „Jeder trage seine eigene Last“, sei „die volks- und arbeiterfeindliche, die überhaupt als Kriegszuforderung erhoben werden kann“. Sie sei „erheblich gefährlicher, weil in ihrer Wirkung für uns vernichtender als alle Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz“. Es ist nicht unsere Aufgabe nachzuprüfen, ob Deutschland eine Kriegsschuldigung fordern und ob das Ausland sie zahlen kann und will. Hier genügt es wohl, zu sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft es nicht einmal versteht, geschweige denn billigen würde, wenn der Friede um der materiellen Kriegsschuldigung willen auch nur einen Tag hinausgeschoben würde.

Eine erfreuliche Kunde kommt aus Frankreich. Der Kongress der französischen Gewerkschaften, der zu Weihnachten tagte, hat nach dem „Vorwärts“ einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

Wir nehmen Kenntnis von der Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die die kriegführenden Nationen einlädt, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen der Krieg ein Ende nehmen könnte. Wir verlangen von der französischen Regierung, die Note im günstigsten Sinne zu beantworten und gleichzeitig die Initiative zu ergreifen, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Wir erklären, daß der Bund der Nationen, der eine der Sicherungen eines endgültigen Friedens ist, nur zustande kommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gebietsunversehrtheit und die politische und wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, gesichert sind. Die auf dieser Konferenz vertretenen Organisationen verpflichten sich, diese Idee zu unterstützen und sie unter den Arbeitermassen zu verbreiten, um der unsicheren und zweideutigen Lage, die nur der Geheimdiplomatie nützt und gegen die sich die ganze Arbeiterklasse richtet, ein Ende zu machen.“

Diese Entschliebung ist um so erfreulicher, als die französischen Arbeiter für die Herbeiführung des Friedens bisher sehr wenig getan haben. De Guert, Redakteur der „Bataille“, gab das auf dem Kongress selbst zu mit den Worten: „Wir haben bis jetzt für die Friedensagitation nichts getan, weil wir sie für aussichtslos gehalten haben.“ Er sagte dann — und das ist beachtenswert — weiter: „Wir waren gestern gegen den Krieg und sind es heute. Wir wollen keine Annexionen. Das Ziel der Arbeiterklasse ist: ein Friede ohne Annexionen.“ Öffentlich findet die Kundgebung der französischen Gewerkschaften Verständnis in den Kreisen der französischen Regierung, auf deren Haltung in den nächsten Wochen und Monaten viel ankommt.

Bemerkenswert ist noch folgende Erklärung des Genossen Jouhaux, des eigentlichen Leiters der französischen Gewerkschaften:

„Was uns Gewerkschafter betrifft, so sind wir bereit, auf einem internationalen Friedenskongress zu erscheinen. Und wenn die Deutschen durch Vermittlung der schweizerischen Genossen einen Internationalen Gewerkschaftskongress einberufen wollen, so werden wir der Einladung folgen.“

In dieser Erklärung liegt ein deutliches Abdrücken von der Mehrheit der französischen Sozialisten, die immer noch die Wiederaufnahme der Verbindung mit den deutschen Sozialisten ablehnt.

Alles in allem zeigen die letzten Wochen deutliche Anzeichen einer wachsenden Neigung zur Verständigung in der Arbeiterschaft Frankreichs. Aus England wird berichtet, daß dort die Friedensversammlungen, die von den Sozialisten veranstaltet werden, so zahlreich geworden sind, daß die englische Regierung, die das Versammlungsrecht so leicht nicht anzutasten wagt, zu einem Verbot derselben gezwungen ist. In Italien führt der „Avanti“ seinen Kampf für einen baldigen Frieden unerschrocken fort. Aus Rußland aber kommen Nachrichten, die auf sehr ernsthafte Vorwommnisse, vor allem in Moskau, schließen lassen. Gewiß sind solche Reden oft, vielleicht fast immer, übertrieben, aber so ganz ohne Unterlage dürften sie kaum sein. Jedenfalls ist die Auffassung berechtigt, daß der Friedenswille der Arbeiterschaft in allen am Kriege beteiligten Ländern durch den Vorschlag der deutschen Regierung gestärkt worden ist. Diese Stärkung des gemeinsamen Willens zum Frieden bringt naturgemäß die Arbeiter näher, ebnet den Weg zu einer Verständigung innerhalb der Arbeiterschaft und trägt damit indirekt zu einer Verständigung der Völker bei. Solchen Gedankengängen folgt wohl auch der „Vorwärts“, wenn er meint, daß sich die Regierungen „die innere Friedensdenkweise des Sozialismus“ zum Verbündeten machen können, und voll Zukunftshoffnung weiter ausführt: „So erscheint es wahrscheinlich, daß die Annäherung des Friedens nicht ohne die Inanspruchnahme der Internationale zustande kommen dürfte, die trotz aller Kriegsirrungen und Kriegsentgleisungen doch mehr Friedensgeist in sich trägt als andere geistige Mächte.“ Wir wissen nicht, ob diese Auffassung sich auf mehr als nur gedankliche Konstruktionen stützt, erinnern aber daran, daß die Internationale schon vor einer Reihe von Jahren einmal von einer Regierung zur Verhütung eines Krieges angerufen wurde. So ganz unglaublich erscheint die Annahme des „Vorwärts“ also nicht. Wie dem aber auch sei, jedenfalls ist die

Auffassung nicht ganz unbegründet, daß der Weg zum Frieden in den ersten Wochen des neuen Jahres trotz der scheinbar so ablehnenden Antwort der Entente nicht verfehlt ist. Und das ist die Hauptsache!

Die Hausagitation während der Kriegszeit.

Seit Ausbruch des Krieges ist schon recht oft auf die Notwendigkeit der Agitation, insbesondere auf den Wert und die Erfolge bei der Hausagitation hingewiesen worden. Je länger der Krieg dauert, desto wichtiger wird es für unsere Organisation, daß diesen Anregungen Folge geleistet wird. Der Kriegszustand mit all seinen einschränkenden Bestimmungen für unser Versammlungsleben und mit der Zensur für die Presse ist ein arges Hindernis für unsere Agitation geworden. Bis dieser Ausnahmezustand beseitigt ist, kann aber unmöglich die Agitation ruhen. Wir können auch nicht warten, bis unsere eingezogenen Kollegen zurückgekehrt sind und uns bei der Agitation helfen. Unsere Organisation würde mancherorts zusammenbrechen, wollten wir untätig bleiben und in aller Gemütsruhe abwarten, bis der Krieg beendet ist. Zudem hat auch die Erfahrung gelehrt, daß der Eifer für die Werbearbeit bei unsern Mitgliedern wieder im Erstarken begriffen und daß auch in den Kreisen, an die wir uns mit unserer Agitation zu wenden pflegen, das Verständnis für die Organisation im Steigen ist. Das gilt insbesondere von den Arbeiterinnen. Unverkümbt hier die Agitation, so besteht die Gefahr, daß das überaus eifrige Bemühen von bürgerlicher Seite wie der gegnerischen Organisationen nicht ohne Erfolg bleiben wird. Das wäre aber in der gegenwärtigen Zeit überaus bedauerlich und ein nicht unerheblicher Schaden für unsere Organisation. Die sehr starke Zunahme der Frauenerwerbsarbeit macht es mehr denn je notwendig, die Arbeiterinnen und -töchter mit dem Geiste der Solidarität zu erfüllen und sie den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen.

Eine große Schwierigkeit für die Agitation erwächst aus dem Mangel an tüchtigen Kräften in den Zahlstellen. So schlimm, wie die Sache beim ersten Anblick aussieht, ist sie beim näheren Zusehen allerdings nicht. Wenn man sich nicht auf den Gauborstand oder den Zentralvorstand verläßt, sondern alle Kräfte in der Zahlstelle anspannt, dann geht es schon. Wenn irgendwo so wird hier das Wort zur Wahrheit: „Wenig machen ein Viel — vereinte Kräfte führen zum Ziel.“ Man müßte ja an der Intelligenz und der Schaffenslust unserer Mitglieder verweifeln, wenn man auch nur einem einzigen in unserm Verbands die Befähigung absprechen wolte, für den Verband Werbearbeit verrichten zu können. Es gilt nur, die Kräfte heranzuziehen und an der rechten Stelle einzusetzen. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Wie sollen wir agitieren?

Unter dem Belagerungszustand und bei den so sehr verschiedenen örtlichen Verhältnissen in unsern Zahlstellen kann natürlich nicht schablonisiert werden. Einige allgemeine Winke lassen sich jedoch geben. Die Erfahrung hat schon vor dem Kriege gelehrt, daß öffentliche Versammlungen sich überlebt haben und auch die Betriebsversammlungen nicht immer zum Ziele führen. In der Kriegszeit ist das nicht besser geworden. Die Ereignisse des Weltkrieges und manche andre Umstände haben das Bedürfnis nach Versammlungen noch mehr in den Hintergrund treten lassen. Daraus dürfen wir allerdings nicht den Schluß ziehen, daß die Arbeiterschaft unsern Bestrebungen fremd gegenübersteht. Innerlich ist bei den meisten Verständnis für unsere Bestrebungen vorhanden. Nur unbegründete Furcht und unausrottbare Gleichgültigkeit hält die Arbeiterschaft ab, öffentlich in ernen Einladungen Folge zu leisten. An diesen Erscheinungen dürfen wir nicht achtlos vorübergehen. Der erste Mißerfolg einer Betriebsversammlung darf nicht den Gedanken aufkommen lassen, nun den Betrieb beiseite zu schieben. Kommen die Arbeiter nicht zu uns, so müssen wir zu ihnen gehen. Die Hausagitation ist dazu der geeignetste Weg.

Welche Vorteile bietet die Hausagitation?

Wenn man die Gedankengänge der Arbeitermassen erfassen will, muß man näher mit ihnen in Verbindung treten. Man muß ihr Leben und Treiben sowie ihre Gewohnheiten kennen lernen, an der Quelle studieren, um darauf wieder die Agitation zuschneiden zu können. Was in einer Versammlung nicht alles erklärt werden kann, bei einem persönlichen Besuche kann es in ausführlicher Weise geschehen. Mancher Einwand, der in der Versammlung nicht erhoben wird, kann in der Wohnung gründlich erörtert und beseitigt werden. Hinzu kommt, daß zugleich auch der Frau die Notwendigkeit und die Vorteile der Organisation vor Augen geführt werden können. Bei der herrschenden Verteuerung aller Haushaltungsgegenstände ist die Frau zur Zeit viel empfänglicher für den Verband, als das vor dem Kriege der Fall war. Es wird eine ganz andre Auffassung vom Verbandsbekommen, den Verbandsleistungen ganz anders bewerten, ihn viel freundlicher empfangen, als wenn ihr Mann ohne ihr Beisein dem Verbands begetreten wäre. In Zahlstellen, wo die Hausagitation systematisch betrieben wird, dürften dadurch auch die Mitglieder mehr dem Verbands erhalten bleiben.

Noch eins: Für manche Frau bedeutet der Besuch in der Wohnung ein Ablenken von ihrer Sorge, außerdem ist es ihr ein Bedürfnis, über die vielerlei Misse, die sie bekränken, sich auszusprechen zu können, oder zu erfahren, wie eine Besserung ihrer Verhältnisse erfolgen kann. Der Besuch richtet sie innerlich auf, zeigt ihr den Weg, wie die geeinte Arbeitererschaft ihre soziale Lage verbessern kann.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß man sehr leicht Verbindungen mit andern Betrieben erhalten kann. Bei vielen Familien arbeiten Angehörige, z. B. der Sohn oder die Tochter, in einem Betriebe wo er noch kein Mitglied haben. So ist es mir schon mehrmals gelungen, in kleine Betriebe Eingang zu finden, sie ganz zu organisieren und für die Beteiligten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Sehr leicht kann man auch neue Adressen von Nichtmitgliedern erhalten, so daß die Beschaffung von Adressen sich viel leichter vollzieht, als in mancher Zastelle angenommen wird.

Wie wird die Hausagitation betrieben?

Seit Anfang des Jahres 1916 haben wir in Wien die Hausagitation systematisch jeden Sonntag betreiben, und es dürfte daher angebracht erscheinen, den Aufbau, die Erfolge und unsere Erfahrungen etwas zu beleuchten. Zur Durchführung der Hausagitation sind erforderlich: 1 die notwendigen Kräfte, 2. ausreichendes Adressenmaterial. Überall da, wo bei der Wahl der Ortsverwaltung die besten, tüchtigsten und arbeitsfreudigen Kollegen gewählt werden, dürfte der Anfang zur Heranbildung einer Anzahl von Kräften keine große Schwierigkeiten bereiten.

Besonderer Wert muß darauf gelegt werden, daß die Ortsverwaltungsmitglieder keine Posten als Hilfstätiger oder sonstige Funktionen noch nebenbei bekleiden. Die Ortsverwaltung muß dem Bevollmächtigten oder dem Angestellten Sonntags zur Verfügung stehen. Wo dies der Fall ist, wird sich mit der Zeit die Zahl der Helfenden stets erhöhen, so daß die Hausagitation nicht nur periodentweil, sondern Sonntag für Sonntag betrieben werden kann. Es ist selbstverständlich, daß da eine genaue Einteilung vorgenommen werden muß. Eine Kommission von 12 Kollegen würde genügen wenn jeden Sonntag 4 Kollegen abwechselnd die vorhandenen Adressen bearbeiten.

Wir haben zuerst mit der Ortsverwaltung gearbeitet, später die Bezirksleiter der Bezirke und noch andere Kräfte angeleitet, so daß wir jetzt innerhalb eines Jahres einen Stamm von zwölf Mitarbeitern herangebildet haben, die durchweg tüchtig sind. Je nach der Zahl der vorhandenen Adressen und den besonderen Umständen werden die vorhandenen Kräfte öfters auf einen Ort konzentriert und dabei die schönsten Erfolge erzielt. Es genügt jedem Mitarbeiter zur inneren Befriedigung, wenn es 2 Uhr geschlagen hat und man mit einer Anzahl Ausnahmen nach Hause fahren kann. Die erste Zeit sind immer zwei Kollegen zusammengegangen; nach längerer Einarbeitung und gesammelten Erfahrungen geht jetzt jeder allein. Es kommt auch hier nicht auf eine große Anzahl von Kräften an, sondern auf die Schulung, Arbeitsfreudigkeit und Ausdauer.

Zur Heranbildung und Anlernung neuer Kräfte finden öfters Zusammenkünfte statt, wo über die Erfahrungen bei der Hausagitation berichtet wird. Diese Schulungen sind sehr interessant. Es werden dort neue Anregungen gegeben, einer will dem andern nachsehen, das Interesse und die Arbeitsfreudigkeit werden geweckt und weiter erhalten.

Wenn ein Kollege es übernimmt, 10 bis 12 Personen an einem Sonntag zu besuchen, so hat er eine ganz achtungswürdige Leistung vollbracht. In vielen Fällen wird er diese Zahl gar nicht erlösen können. Ab und zu wird einer nicht angetroffen, andere wollen ohne den Vater oder die Mutter den Eintritt nicht vollziehen. Wir haben deshalb die ersten beiden Tage in der Woche abends die Hausagitation fortgesetzt und dabei unser Ziel erreicht. Ausgerüstet mit elektrischen Taschenlampen ging's von Haus zu Haus, bis die Adressen erledigt waren.

Auch mit der Zusammenstellung von geeignetem Material haben wir gute Erfahrungen gemacht. Jeder Hausagitor hat eine handliche Materialmappe. Darin ist enthalten: Material über die Entwicklung der Unternehmerorganisationen, Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, die örtlichen Erfolge bei Lohnbewegungen, Verkürzung der Arbeitszeit, einige Statuen Zeitungen u. v. Von Zeit zu Zeit wird dieses Material erneuert. Bei der Bearbeitung von einzelnen Betrieben oder Branchen durch Mitteilungen über die ermittelten Lohn- und Arbeitsbedingungen, familiäre Einrichtungen noch ergänzt. Mit solchem Material kann man die vielen Vorteile gegenüber dem Verband, die man bei der Hausagitation zu hören bekommt, oft eben so kurz wie nachdrücklich befechtigen. Den jüngeren Kräften bietet dieses Material eine wertvolle Stütze.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Hauptgewicht auf die Schulung und Auswahl der Kräfte gelegt werden muß. Die Kollegen müssen genau unterrichtet sein über den Aufbau, die Ziele, Erfolge und Leistungen des Verbandes, und sie müssen in tüchtiger, beständiger und zueinander Weise bei den Besuchenden vorzutreten. Die Vorbereitung ist dann hauptsächlich einteilend, damit sie auch von dem einzelnen geleistet werden kann.

In größeren Zastellen mit angeleiteten Kollegen ist es selbstverständlich, daß der Geschäftsführer oder Agitationsleiter bei der Hausagitation vorangehen muß. Wo dies nicht der Fall ist, wird bald zu betonen sein, daß die übrigen Kollegen die Lasten der Arbeit verteilen und die Agitation wieder in die Hände werfen. Dieser Zustand wird meistens dazu führen, daß die Hausagitation nur unvollkommen und vorübergehend ausgeführt wird. Auf jeder Konferenz kann man aber später die Klagen hören, daß auch die vorgenommene Hausagitation den erwünschten Erfolg nicht gebracht hat. Siehe man sich die Sache etwas näher an, so kommt man zu vielen Fällen zu der Erkenntnis, daß an der notwendigen Führung und Ausdauer gefehlt hat. Man würde nicht ein, daß man auch mal im Jahr einen freien Sonntag haben möchte. Wenn man Sonntags seine Ausnahmen macht, läßt sich sehr leicht ein halber Tag in der Woche freimachen. Der Sonntag muß für die Agitation benutzt werden. Angeleitete wie die Mitglieder der Ortsverwaltung haben mit gutem Beispiel vorzugehen. Ich sage mich gar nicht wohl, wenn ich Sonntags keine Hausagitation betreiben kann.

Ich empfehle auch, daß auch in den kleinen Zastellen durch die Ortsleiter die Hausagitation besser gepflegt werden sollte. Die Anregung muß von oben kommen. Mit ganz wenigen

Ausnahmen werden die Zastellenleiter nicht um Hilfe bei der Ausleitung nachsuchen. Die Kollegen sind ganz zufrieden, wenn man ihnen mit der Agitation vom Halbe bleibt. Daher wäre es sehr zweckmäßig, wenn öfters an die Zastellen die Mahnung erginge, Adressen zu sammeln, und wenn dann unter Mithilfe der Ortsleiter und des Gewerkschafts die Adressen bearbeitet würden. Ein oder zwei Kollegen würden sich fast überall zur Hilfeleistung bereit erklären.

Die Sammlung von Adressen.

Neben den erforderlichen Kräften ist die dauernde Sammlung von Adressen Grundbedingung. Die allgemeine Sammlung von Adressen unter den Mitgliedern hat uns nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Zudem kann eine solche Sammlung nur einmal im Quartal vorgenommen werden. Sehr oft werden die beigegebenen Karten beiseite gelegt, unbeachtet, und nach Wochen und Monaten dem Postkasten oder dem Bureau übergeben. Bedeutend besser haben wir abgeschnitten durch die Sammlung in den Betrieben. Bei Eingaben von Zeugnisszulagen haben wir mehrfach die gesamte Arbeitererschaft ihre Namen nebst Wohnung angeben lassen, und somit mit einem Schläge eine größere Anzahl von Adressen erhalten. Auch die Vertrauensmänner in den Betrieben haben viel Adressen herbeigeschafft.

Den Kolleginnen gebührt ein besonderes Lob. Es ist uns gelungen, auf den königl. Munitionsanstalten über 600, auf den Land- und Seefabelwerken 200, aus der Gummivarenfabrik in Riehl 120, von Felten u. Guilleaume 280 Adressen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu erhalten. Die Zahl der Adressen hat einen so großen Umfang angenommen, daß die Sammlung für einige Wochen eingestellt werden mußte.

So leicht sich das hier mitteilen läßt, ist allerdings die Durchführung nicht. Auch hier muß man in die Wohnungen gehen. Manchem Mitglied ist der Weg zum Bureau zu weit, mit der Post senden verbietet. So bleibt nur der eine Weg übrig: man holt die Adressen in der Wohnung ab. Mühe und Arbeit haben wir noch nie gescheut, auch diese Arbeit muß in der Kriegszeit mit erledigt werden.

Zur erfolgreichen Durchführung der Hausagitation sind auch Vorarbeiten zu erledigen. Die gesammelten Adressen müssen auf die vom Vorstand gelieferten Karten für Nichtorganisierte geschrieben werden. Zur Hausagitation selbst müssen die roten Karten verwendet werden. Den zu Besuchenden muß ein Anführer den mit einem aufreißenden Flugblatt oder ein Zirkular über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im eigenen Betriebe einige Tage vorher überreicht werden. Sehr gute Erfahrungen haben wir gemacht mit der Schilderung spezieller Verhältnisse des Betriebes. Auch dies ist verständlich. Allgemein gehaltene Flugblätter berühren den einzelnen nicht so stark wie die Verhältnisse in dem Betriebe, wo er arbeitet.

Die Erfolge der Hausagitation.

Nach diesen Richtlinien haben wir im Jahre 1916 gearbeitet und über die erzielten Erfolge haben wir Aufzeichnungen gemacht, die ich zusammengestellt hier wiedergebe:

Hausagitation wurde betrieben	Besuch wurden	Aufgenommen wurden	Neue Adressen erhalten
1. Quartal an 30 Tagen	141 Personen	62 Mitlieder	70
2. " " 33 "	119 "	53 "	67
3. " " 45 "	697 "	118 "	44
4. " " 5 "	347 "	16 "	53
Im ganzen an 143 Tagen	1284 Personen	434 Mitlieder	236

An der Bearbeitung der Adressen haben sich 14 Kollegen beteiligt. Das in der Tabelle niedergelagte Ergebnis ist zufriedenstellend und gibt vielleicht in mancher Zastelle die Anregung, die Hausagitation auch während des Krieges wieder zu betreiben. Dabei sei erwähnt, daß den Teilnehmern eine geringe Entschädigung gezahlt wird. Dieselbe beträgt 50 Pf. bis 1 Mk., in den auswärtigen Bezirken 1,50 Mk. Ohne jede Entschädigung wird auf die Dauer eine systematische Betreibung der Hausagitation nicht möglich sein.

Gewiß werden die hier gezeichneten Richtlinien nicht überall und reiflos imzuehalten sein. Zur Beschaffung von Kräften und Adressen werden Monate vergehen, mancher Misserfolg wird hinzukommen. Das darf uns aber nicht veranlassen, weniger oder gar nichts zu tun und die Hände ins Korn zu werfen. Im Gegenteil, wir müssen dann um so eifriger an die Arbeit gehen.

Verzichten wir es also! Das neue Jahr hat begonnen. Es fehlt uns nicht an Agitationsstoff. Unentwegt und unverdrossen wollen wir weiter arbeiten. Die gegenwärtige Zeit wird manchen Schöpfer aufzuwecken. Deshalb Kollegen, ermutigt an die Arbeit! Die Erfahrungen und die Erfolge müssen die Hausagitation zum festen Bestandteil unseres Verbandes machen. Daß dies immer mehr und mehr geschehe und daß unser Verband sich immer mehr und mehr entfalte, wachse und gedeihe, ledig ich deshalb wurden diese Zeilen geschrieben. Jetzt handelt danach!

P. Hertwig.

Aus der Industrie

Gesundheitsgefahren in Kalkstickstoffabriken.

Der „Proletarier“ darf für sich in Anspruch nehmen, daß er den Gefahren, die Gesundheit und Leben der Arbeitererschaft in der chemischen Industrie bedrohen, stets ernste Aufmerksamkeit gewidmet und Maßnahmen zur Beseitigung oder Verminderung dieser Gefahren immer vorgebracht und gefordert hat. Nicht immer hat er damit den erwünschten Erfolg gehabt; immerhin ist in den letzten Jahren manches getan oder vorbereitet worden, was ohne unsere anregende Kritik und unsere kritischen Anregungen ungetan geblieben wäre. Den Unternehmern haben wir das Gewissen geschärft, die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie zu allerhand Maßnahmen und die Regierung sogar zu einigen gesetzlichen Arbeiter-schutzbestimmungen veranlaßt. Diese Erfolge unserer Kritik entschädigen uns mehr als reichlich für die Angriffe, die wir für unergüteten Willen hier und da gemeldet haben.

Als wir vor einer Reihe von Jahren öffentlich darauf aufmerksam machten, daß bei den Arbeitern in den neu gegründeten Kalkstickstoffabriken schwere Entzündungen als Folge ihrer Arbeit zu verzeichnen seien, begegneten wir recht ungläubigen Stimmen bei der ärztlichen Wissenschaft. Wir erinnern uns noch, daß ein Arzt allen Strapazes solche Entzündungen auf Syphilis zurückführte.

Heute sind jene Krankheitsercheinungen allgemein auch den Ärzten bekannt.

Im fünften Heft des vierten Jahrganges vom Zentralblatt für Gewerbehygiene veröffentlicht Medizinalrat Dr. Koelsch-München eine Abhandlung über Hautschädigungen durch Kalkstickstoff. Ueber die Wirkungen auf die bei der Erzeugung beschäftigten Arbeiter schreibt er:

„In den Kalkstickstoffbetrieben ist die Möglichkeit der Verstaubung beim Mahlen, Absaden und Transport überall gegeben. Der feine Staub bedeckt Haut und oberflächliche Schleimhäute und bringt durch die Kleidung hindurch. Besonders disponiert sind die Hautfalten sowie die durch Schweiß oder Schleimhautsekret usw. feuchtgehaltenen Körperstellen. Die eigentliche Schädigung beruht auf Reizwirkung infolge des Kalkgehaltes, wodurch die Epidermis zunächst gelockert und abgehoben wird; ist diese einmal entfernt (was eventuell auch durch mechanische Schädigungen erfolgen kann), so schreitet die Kalkreize auf der freien Cutis ungehindert weiter. So fand Verfasser bei solchen Arbeitern an den verschiedensten Körperstellen, je nach örtlicher Disposition und Reinlichkeitssinn des Arbeiters, mehr oder minder große Verwundungen bzw. Geschwürchen, insbesondere an den Händen, in der Ellbogen- und Achselgelenke, dann an den Uebergangsstellen der Haut in die Schleimhaut, wie den Nasenlöchern und Mundwinkeln. In der reinen Form handelt es sich hierbei um zahlreiche, ursprünglich einzeln stehende, scharfrandige Geschwürchen, die später ineinander übergehen und so schmierig belegte, nässende, flächenartige Substanzverluste darstellen.“

An den Schleimhäuten finden sich neben Geschwürchen hauptsächlich Entzündungsercheinungen, chronische Bindegewebstarrheit, Stomatitis, hartnäckige Nasen-, Rachenkatarrhe und Bronchitiden. Insbesondere wurden bei älteren Arbeitern langwierige Bronchialkatarrhe mit Druckgefühl auf die Brust usw. beobachtet.“

Der Verfasser erläutert seine Ausführungen durch eine Tafel mit Abbildungen, die Verwundungen durch Kalkstickstoff zeigen. Unter anderem eine sehr ausgedehnte Verwundung beider Hände nach nur vierstägiger Beschäftigung mit Kalkstickstoff. Mehrere Abbildungen zeigen Verwundungen an den Füßen und Beinen, von denen Landwirte und Arbeiter der Landwirtschaft betroffen wurden, die Kalkstickstoff, das ein wertvolles Düngemittel ist, ausstreuten, ohne die Wirkung dieses Stoffes zu kennen und sich in geeigneter Weise dagegen zu schützen. Eine 66 Jahre alte Tagelöhnerin streute bei Regenwetter Kalkstickstoff, wobei dieser oberhalb der Schuhe an die Füße kam. Eine schwere Entzündung, die zu einer dauernden Erwerbsbeschränkung führte, war die Folge. Ähnlich ging es einer 20 Jahre alten Dienstmagd. Ein Landwirt erlitt so schwere Verwundungen an einer Hand, daß diese ihm abgenommen werden mußte.

Solche Fälle zeigen, wie vorsichtig bei der Erzeugung wie beim Verbrauch des Kalkstickstoffes umgegangen werden muß. Dr. Koelsch empfiehlt vor allem Reinlichkeit und Bekämpfung der Staubgefahr. Für die Arbeiter verlangt er Belehrung, Reinlichkeitspflege und Bereitstellung entsprechender Wasch- und Badeeinrichtungen sowie Verabreichung von Arbeitskleidern und Handschuhen. Außerdem empfiehlt er Einfetten der Haut vor der Arbeit und Abreiben der Haut mit Vaseline vor dem Waschen. Arbeiter mit empfindlicher Haut sollen möglichst ganz ferngehalten werden. Ferner empfiehlt er, das Handelsprodukt mit Mineralöl zu versehen, um den Staub zu binden.

Wir können unsern in Kalkstickstoffabriken beschäftigten Mitgliedern nur empfehlen, sich tunlichster Vorsicht zu befleißigen und von den Unternehmern weitgehenden Schutz gegen die Gefahren ihrer Arbeit zu fordern.

Der Kriegsseggen für die Papierfabrikation.

Wiederholt haben wir im „Proletarier“ in den Betrachtungen über die Wirtschaftslage der deutschen Papierfabrikation während der Kriegszeit darauf hingewiesen, daß im ersten Kriegsjahre diese Industrie einen sehr schweren Stand hatte, daß sie aber auch infolge ihrer Preispolitik bald in der Lage sein werde, ihre kapitalistischen Interessen mit hohen Gewinnen zu beglücken. Bei den Papierverarbeitern stehen die Papierfabrikanten schon lange im Verdacht, sich durch Wasserpreise zu bereichern. Obwohl die Papiermacher den Verdacht energisch von sich weisen und ihre Hände in Unschuld haben, will der Haßgefangen gegen die „Papierwucherer“ nicht verstummen.

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins am 25. September 1916 in Berlin wurde von mehreren Teilnehmern wieder Klage geführt über den Papierpreiswucher der Papierfabrikanten und Papierhändler. Ein Herr Schloffer aus Frankfurt a. M. jagte zum Beweise an, daß er für das Kilogramm einer bestimmten Papierart, das früher 24 Pf. kostete, heute 68 bis 70 Pf. bezahlen muß, obwohl nach dem Urteil der Fachleute nur ein Preis von 43 bis 44 Pf. gerechtfertigt sei. In seinem Geschäftsbereich betonte der Geschäftsführer Kohler des Deutschen Buchdruckervereins gleichfalls, daß die Papierpreise um 100, 150 und mehr Prozent gestiegen seien, weshalb er auch die Papierverbraucher aufforderte, einen „Sturmangriff“ auf die Papierpreiswucherer zu unternehmen. Die Buchdrucker nahmen denn auch eine Entschlieung an, in der es heißt, daß ein Teil der Papierfabrikanten und Papierhändler durch ihre „wucherischen Preisstreiberieien“ beim Publikum den Ansehens erweckt haben, als sei eine Papiernot vorhanden. Deshalb gelte es, „gegenüber den unbedingten Preisstreiberieien“ die Buchdruckerbesitzer und Papierverarbeiter zur Selbsthilfe aufzurufen, um die „wucherischen“ Papierfabrikanten in der kommenden Friedenszeit zu boykottieren, oder, wie es in der Amtssprache des Deutschen Buchdruckervereins heißt, um „die nötigen Maßnahmen auch für den geschäftlichen Verkehr mit ihnen nach dem Kriege treffen zu können“. Auf der Tagung wurde weiter darauf hingewiesen, daß einige Papierfabrikanten ihre Produktion im Auslande abzuweisen versuchen, nur um im Inlande die Preise hochzuhalten. Eine süddeutsche Papierfabrik habe sogar im „Bernier Bund“ für ihre Papiere Abnehmer in der Schweiz gesucht.

Solche und ähnliche Klagen von Seiten der Papierarbeiter sind seit langer Zeit an der Tagesordnung. Dieselben dürften für die nächste Zeit um so weniger verstummen, als es den Papierfabrikanten in ihrer Mehrzahl tatsächlich durch ihre fortwährenden Preisregulierungen nach oben gelungen ist, im Geschäftsjahre 1915/16 recht nette Gewinne zu erzielen, wie aus den Geschäftsberichten der einzelnen Aktiengesellschaften hervorgeht. Wir geben dafür einige Beispiele:

Die Amundorfer Papierfabrik, die bei den Aktionären wegen ihrer hohen Dividenden in gutem Ruf steht, von der Papierarbeitererschaft aber der mangelhaften Löhne wegen gemieden wird, konnte im Geschäftsjahre 1915/16 ihre Produktionswerte infolge „der bei der Beschaffung der Rohstoffe beobachteten äußersten Vorsicht“ fast verdoppeln, so daß der Umsatz die Höhe von 4 587 442 Mk. erreichte, gegen 2 920 637 Mk. im Vorjahre. Aus Vorsicht verschweigt die Firma die Angabe der jährlichen Produktion in Kilogramm oder Tonnen, so daß man nicht bestimmen kann, ob die gewaltige Erhöhung des Umsatzes auf eine Erweigerung der Papierproduktion, trotz dem Mangel an Arbeitskräften, oder nur auf die ständigen Preissteigerungen zurückzuführen ist. Wahrscheinlich werden beide Faktoren, intensive Ausnutzung der Arbeitskräfte und Papierpreissteigerungen, zu dem für die Aktionäre sehr günstigen Ergebnis beigetragen haben. Die armen Aktionäre, die im Vorjahre „nur“ 17 Prozent Dividende erhalten haben, werden dieses Jahr dafür reichlich entschädigt. Nachdem der Rohgewinn von 985 390 Mk. durch Abschreibungen in Höhe von 250 803 auf 734 587 Mk. Reingewinn geläutert wurde, erhielten die Aktionäre und Aufsichtsrat 157 458 Mark Erinnanteil.

die Aktionäre eine Vordividende von 4 Prozent im Betrage von 66 000 M. und dann noch eine „Restdividende“ von 22 Prozent in der Höhe von 363 000 M. Der Rest von 459 272 M. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Mit 26 Prozent Dividende steht die Ammendorfer Papierfabrik wiederum an der Spitze der Dividendenverteilenden Papierfabrik-Aktiengesellschaften. Ganze drei- bis vierhundert Mark, die bei der Gründung der Aktiengesellschaft eingelegt wurden, genügen demnach, um mühelos den Jahresdurchschnittsverdienst eines Ammendorfer Papierfabrikarbeiters einzufriedeln.

Zu der Höhe dieser kapitalistischen Goldgrube befindet sich eine andre Dividendenquelle, deren Aktionäre zwar gegenüber den Ammendorfern im Schatzen leben, die aber immer noch sehr reichlich bedacht werden. Es ist dies die **Erbslauer Aktienpapierfabrik** zu Halle a. S. Diese Firma konnte ihre Gewinnausschüttung während der Kriegszeit noch ständig steigern. Im Jahre 1914 erhielten die Aktionäre dieser Firma „nur“ 6 Prozent, 1915 schon 7 und für 1916 gar 12 Prozent Dividende. Auch dieses Unternehmen hat seinen Nettogewinn mehr als verdoppelt. Im Jahre 1914/15 betrug derselbe noch 169 651 M., für 1915/16 dagegen 477 069 M. Da diese Firma auch „in Kriegslieferungen macht“, so ist die Steigerung des Gewinnes schon zu verstehen. Im Vorjahre erreichten die Heeresaufträge den Betrag von 2 425 721 M., im Berichtsjahre dagegen 4 079 048 M. Die Aktionäre erhalten 180 000 M. als zwölfpromtente Dividende, 164 712 M. werden für Abschreibungen verbucht und 27 267 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Verein für Zellstoffindustrie in Dresden hat sein Grundkapital von 600 000 M. auf 2 600 000 M. erhöht und seinen Aktionären eine Dividende von 10 Prozent genehmigt, an der das neue Kapital zum halben Dividendenfuß beteiligt werden soll. Dadurch haben die Aktienbesitzer die angenehme Aussicht, ihr kaum gezeichnetes Aktienkapital mit 5 Prozent unmittelbar ausgezahlter Zinsen angelegt zu haben.

Wenn die Goldontels schwer beladen die Heimreise antreten, dann dürfen auch die von Reitspül nicht fehlen. Die Firma hat im Geschäftsjahre 1915/16 einen Reingewinn von 847 046 M. erzielt, wovon die Aktionäre 48 000 M. als 10 Prozent Dividende erhalten. Für seine aufreibende Tätigkeit bekommt der Aufsichtsrat 10 000 M. Lantienem und der Vorstand einen Gewinnanteil von 26 302 M. Die Herren Beamten des Werkes erhielten „für verschiedene Gratifikationen“ 140 200 M., der Arbeiterstab wurde dagegen die Fabrikationsprämie, die bekanntlich einen Teil des Lohnes bildet, empfindlich gekürzt. Die Lohn-erhöhung für die Aktionäre beträgt gegen das Vorjahr „nur“ 2 Prozent, sie könnte natürlich um ein Vielfaches höher sein, wenn die Firma nicht vorsichtigerweise 600 000 M. einem Spezialreservofonds zugewiesen hätte. Durch ihren Beitritt zum Hartmannschen Spinnpapierfabrik-Syndikat ist den Aktionären auch im laufenden Geschäftsjahre ein ansehnlicher Meiback gesichert.

Den Winterschen Papierfabriken, A.-G., hat der Krieg auch wieder auf die Beine geholfen. Seit Jahren hat diese Firma im Dales gelitten, und ihre Aktionäre haben trübendes Bildes in die Zukunft geschaut. Endlich soll auch ihnen das Dividendenglück wieder läuten. Für dieses Jahr gehen sie allerdings noch einmal leer aus, aber die Aussichten für die Zukunft sind sehr günstig. Im Vorjahre noch mit 124 490 M. Verlust arbeitend, erzielte sie nach reichlichen Abschreibungen im Geschäftsjahre 204 103 M. Reingewinn, der noch zur Reorganisation des Unternehmens Verwendung findet.

Um die Kriegsnöte leichter zu überwinden, genehmigten sich die in Weipzig verammelt gewesenen Aktionäre der **Hoistoff- und Pappfabrik Immritz-Gleina** aus dem 112 625 M. betragenden Reingewinn eine Dividende von 18 Prozent. Im Vorjahre war das Kriegspflaster um 4 Prozent geringer.

Im Vorjahre belamen die Aktionäre der **Holzstoff-, Lederpappen- und Papierfabrik Walsungen** auf das 600 000 M. betragende Aktienkapital ein Prozent Dividende. Mit Hilfe ihrer guten Berufsorganisation, die für eine mehrmalige recht ergiebige Steigerung der Pappenspreise sorgte, haben sie eine 300prozentige Steigerung ihres vorjährigen Einkommens erreicht, so daß sie diesmal 24 000 M. als 4prozentige Dividende erhalten.

Mit einem Betriebsverluste von 33 371 M. beschloß die **Papierfabrik Hegge** bei Rempen ihr Geschäftsjahr 1915. Die Preissteigerungen sind auch an dieser Firma nicht spurlos vorübergegangen, so daß sie für das Jahr 1916 nicht nur 4 Prozent Dividende verteilen kann, sondern auch noch 120 269 M. auf neue Rechnung vorträgt.

Selbst an der seit Jahren an Unterernährung leidenden **Thobesen Papierfabrik** in Hainberg ist die Preissteigerung nicht ganz spurlos vorübergegangen. Der vorjährige Verlustvortrag von 139 616 M. verringerte sich um den diesjährigen Reingewinn von 16 080 M. auf 123 536 M. Der Firma ist es gelungen, ihre Produktion ganz erheblich zu steigern, und zwar betrug diese:

- 1912/13 4 553 000 Kilogramm im Werte von 1 317 318 M.
- 1913/14 4 406 000 Kilogramm im Werte von 1 233 226 M.
- 1914/15 3 943 000 Kilogramm im Werte von 1 141 944 M.
- 1915/16 5 795 000 Kilogramm im Werte von 2 529 353 M.

Die Produktion im Jahre 1915/16 ist gegen das Friedensjahr 1912/13 um 212 000 Kilogramm gestiegen. Der Durchschnittswert des Papiers ist von 28,7 Pf. auf 43,6 Pf. pro Kilogramm oder um mehr als 65 Prozent gestiegen.

Von ihrer mehrjährigen Unterbilanz, an der die Starckpfligkeit der Firma vor dem Krieg: den mehr als berechtigten Forderungen ihrer Arbeiterschaft gegenüber mit Schuld sein dürfte, hat sich auch die **Schwarzburger Papierzellstofffabrik** von Richard Wolff in Schwarzburg erholt. Aus dem Verlust von 173 105 M. im Vorjahre hat sich im Geschäftsjahre 1915/16 ein Reingewinn von 37 200 M. entwickelt, von dem die Aktionäre 4 Prozent Dividende erhalten.

Zum ersten Male seit vielen Jahren will auch die **Warginer Papierfabrik** Hammermühle wieder „eine angemessene Dividende“ ausschütten, zumal auch die amerikanische Tochter, die Hammermill Paper Co., gut gewirtschaftet und ihrer Erzeugerinnen einen Halbjahresgewinn von 200 000 Dollar gemeldet hat, während sie im ganzen Vorjahre nur 75 000 Dollar zum Unterhalt ihrer Warginer Mutter beizutragen konnte. Zwischen der Warginer Fabrik die amerikanische Tochtergesellschaft mit einem Gewinn von 2 1/2 Millionen Mark zum Preise von 7 300 000 M. verkauft. Der Gewinn soll zur Sanierung der Muttergesellschaft Verwendung finden.

Die Aktionäre der **Hofentruer Papierfabrik** haben die angenehme Nachricht erhalten, daß ihre Dividende in diesem Jahre von 4 auf 14 Prozent erhöht werden soll. Auch die **Patropapierfabrik** in Penzance will ihre Aktionäre für die Strapazen des Krieges reichlich entschädigen. Nach Verrechnung von 400 000 M. für Abschreibungen erreichte die Firma einen Reingewinn von 1 255 961 M., einschließt 81 820 M. Vortrag aus dem Vorjahre. Davon erhalten die Aktionäre 360 000 M. als 12 Prozent Dividende, gegen 120 000 M. oder 4 Prozent im Vorjahre. Mit der Aufbesserung ihrer vorjährigen Kriegslöhne um 200 Prozent können die Aktionäre recht zufrieden sein. Der Vorstand wurde mit 105 685 M. und der Aufsichtsrat mit 51 068 M. Lantienem bedacht. Sogar die Arbeiter erhielten etwas. Allerdings nicht viel, damit sie sich den Magen nicht verderben. Je 30 000 M. vermachte die Firma der Arbeiter-Pensionskasse, der Witwen- und Waisenkasse und der Beamten-Pensionskasse. Der „Heimatbund“ und das „Rote Kreuz“ bekamen auch je 10 000 M. Außerdem wurden weitere 50 000 M. für Arbeiterwohlfahrtszwecke und 10 000 M. zur Belohnung für Arbeiter-Subtilare ausgemessen, die der Firma 25, 30 und mehr Jahre ihre Lebenskraft geopfert haben. Zur Zeit hat die Firma 102 solcher „Subtilare“.

Recht nette Gewinne hat auch die **Pappfabrik „Ruhmerke“** in Arnsherg i. S. für 1915/16 erzielt. Von 333 712 M. Reingewinn erhalten die Aktienbesitzer 216 000 M. als 12 Prozent Dividende. Einschließlich des Vortrags aus dem Vorjahre werden 253 967 M. auf neue Rechnung genommen.

Die **Papierfabrik Köstlin** hat nach Abschreibung von 477 634 M. noch einen Reingewinn von 59 929 M. Im Vorjahre noch einen Verlust von 28 086 M. buchend, hat die **Neuper Papier- und Pergamentpapierfabrik** im Jahre 1915/16 einen Reingewinn von 80 373 M. zu verteilen.

Die gesteigerten Papierpreise haben es auch der **Papierfabrik Reigenstein** in Willmshausen ermöglicht, ihre vorjährige Unterbilanz von 371 613 M. auf 238 508 M. zu verringern. Der Umsatz betrug bei einer Produktion von etwa 4 Millionen Kilogramm Papier rund zwei Millionen Mark.

Nach Abzug von 84 990 M. für Abschreibungen verbleibt der **Holzstoff- und Papierfabrik Essent** ein Reingewinn von 14 683 M. Mit zufriedenen Büchern dürfen die Aktionäre der **Gust. Schaeffle'schen Papierfabrik** in Heilbronn das finanzielle Ergebnis der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1915/16 betrachten, da ihnen dasselbe einschließt 72 217 M. Vortrag einen Reingewinn von 254 914 M. erbrachte, aus dem 8 Prozent Dividende bezahlt werden. Für Abschreibungen wurden 116 713 M. verbucht und auf neue Rechnung wurden 86 914 M. vorgetragen.

Der Reingewinn von 249 530 M. auf 390 949 M. erhöht hat die **Deutsche Verlagsgesellschaft** in Stuttgart, deren Papier- und Holzstofffabriken in Salach, Sulz und Wilbald liegen. Die Aktionäre erhalten eine Prozentige Dividende im Betrage von 180 000 M. ausbezahlt, während 121 986 M. auf neue Rechnung vorgetragen wurden. 20 000 Mark wurden dem Kriegszweckfonds zugewiesen und 12 000 M. für Teuerungszulagen an Angestellte und Arbeiter vorgezogen. Wenigstens etwas!

Von der Aufnahme der Spinnpapierproduktion erwartete die **Reinische A.-G. für Papierfabrikation** in Neuh ihre Rettung aus ihrer finanziell schwierigen Lage. Diese Hoffnung scheiterte keine trügerische gewesen zu sein, wenigstens ist die Gesellschaft in der Lage, einen Reingewinn von 33 855 M. zu buchen, während sie im Vorjahre mit 583 841 Mark Verlust gearbeitet hatte.

Mit einem Reingewinn von 30 820 M. beschließt die **Tapetenfabrik Penzler u. Sohn** in Gänzburg das Geschäftsjahr 1915/16. Recht erfreulich für die Aktionäre der **Papiermachewarenfabrik, Gebrüder Abt** in Korbach ist der zur Verteilung kommende Reingewinn im Betrage von 811 053 M.

Trotz veränderter Ausführungsbedingungen ist es der **Chromopapierfabrik Altenburg** gelungen, im Geschäftsjahr 1915/16 einen Reingewinn von 43 364 M. zu erzielen, aus dem die Aktionäre der Gesellschaft 6 Prozent Dividende erhalten. Für Abschreibungen wurde der Betrag von 40 632 Mark bereit gestellt.

Die Gesellschaft, die in den letzten fünf Jahren keine Dividende mehr verteilt hat, schloß das Geschäftsjahr 1911/12 mit einem Verlust von 21 295 M. ab, erreichte 1912/13 einen Ueberschuß von 22 306 M., der zu Abschreibungen Verwendung fand. Der Reingewinn für das Geschäftsjahr 1913/14 betrug 21 625 M., für 1914/15 dagegen nur noch 4361 M. Selbst in den letzten Friedensjahren hat die Gesellschaft keine so hohen Ueberschüsse erreicht, wie im Kriegsjahre 1915/16: ein Zeichen, daß auch die Chromopapierfabriken es verstanden haben, ihre Preise den Preisverhältnissen anzupassen.

Hoffentlich gehen auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Chromo bei der diesmaligen Gewinnausschüttung nicht leer aus, da deren Löhne bisher zu den niedrigsten in der deutschen Papp- und Chromopapier-Industrie gehörten.

So herrscht denn eitel Freude bei den Aktionären der Papierfabrikation über den reichen Seren, der sich während der Kriegszeit über ihre Häupter entladen hat. Leider nehmen sie zumeist die steigenden Gewinne als eine Selbstverständlichkeit hin, ohne daran zu denken, daß die Erschaffer der Gewinne, die Papierarbeiter einen berechtigten Gewinnanteil zu beanspruchen haben. Wohl haben vereinzelt Unternehmer versucht, den berechtigten Lebensverhältnissen ihrer Arbeiterschaft durch Gewährung von Teuerungszulagen Rechnung zu tragen, im allgemeinen aber haben die Papierfabrikanten ihre sozialen Pflichten nur mangelhaft erfüllt. Wehe aber dem Kritiker, der an den hohen Gewinnen der Papierfabrikanten Anstoß nimmt, der wird als „Röbler“ abbrandmarkt, wie dieses in einer Rundschreiben vom 6. November 1916 an die „Papierzeitung“ ein Papierfabrikant u. a. schreibt: „Wer aber gar draußen an der Front war oder sich auch nur als panzer Mann vom Geist und Wesen der großen Zeit hat erkennen lassen, empfindet schmerzlich den Geist der Röbler- und des-Mittrauens, der auch in unserm Fache hinter der Front sein Wesen treibt.“

Soweit wir die Stimmung der großen Volksmassen an und hinter der Front kennen, ist deren Anschauung über die „Röbler“ eine andre als die des Papierfabrikanten. Der größte Teil des deutschen Volkes sieht den „Geist und das Wesen der großen Zeit“ nicht im Profitelbstinden, sondern in der gemeinsamen Hilfe aller Volksgenossen, und verurteilt deshalb alle jene Wucherer, mögen sie nun mit Lebensmitteln, Papier oder sonstigen Bedarfsartikeln handeln die sich auf Kosten ihrer Mitmenschen unerschütterlich bereichern. Mit Recht verlangt deshalb auch die Arbeiter- und Arbeiterinnen ihren Anteil an dem reichen Kriegsgewinn der Papierfabrikanten zuteil zu werden, in Form von angemessenen, den Zeit- und Teuerungsverhältnissen entsprechenden Löhnen. G. St.

Eine Mahnung an die weiblichen und jugendlichen Maschinenarbeiter in der Papierindustrie.

Je länger der Krieg anhält, desto mehr sind die Unternehmer in der Papierindustrie bestrebt, die fehlenden männlichen Maschinenarbeiter durch ungeschulten jugendliche und weibliche Arbeitskräfte zu ersetzen. Die niedrigen Arbeitslöhne der Arbeiterinnen und Jugendlichen veranlassen auch jene Unternehmer zur Heranziehung dieser Arbeitskräfte, in deren Betrieben sich der Arbeitermangel noch nicht in besonders hartem Maße bemerkbar macht. Leider hat die verstärkte Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen an schnelllaufenden und gefährlichen Maschinen für diese Personen recht nachteilige Folgen für deren Leben und Gesundheit. Trotzdem sich die Unfälle, von denen weibliche und jugendliche Papierarbeiter betroffen werden, in geradezu bedauerlicher Weise vermehren, können die Unternehmer selbst an den gefährlichen Papiermaschinen diese billigen Arbeitskräfte in Tag- und Nachtschicht ungehindert weiter beschäftigen. Die an den Maschinen beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen sind sich oftmals nicht bewußt, in welcher Lebensgefahr sie ständig schweben. Mit Recht wird deshalb von den Maschinenführern Klage darüber geführt, daß besonders die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter alle Vorsicht außer Acht lassen und nicht selten in ihrem noch kindlichen Treiben Leben und Gesundheit leichtsinnig auf das Spiel setzen.

Am 29. Dezember 1916 verunglückte in der Wiesbäcker Papierfabrik in Neustadt der jugendliche Arbeiter Willi Rante aus Garra tödlich. Ueber die Ursachen dieses Unfalls erfahren wir durch Arbeiter der Wiesbäcker Papierfabrik folgende Tatsachen: Wegen Kohlenmangels wurde der Betrieb von Weichbach bis Neustadt stillgelegt mit Ausnahme von zwei Schneidemaschinen und zwei Kapppressen, die mit elektrischer Kraft betrieben werden. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden deshalb auf dem Holzplatz beschäftigt. Am 29. Dezember kamen die sonst im Maschinenraum tätigen jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Mittagsstunde in den Betrieb, um sich etwas durchzuwärmen. Dabei kam der 15jährige Arbeiter Willi Rante auf den Einfall, sich auf dem Antriebsriemen einer stillstehenden Schneidemaschine zu schaukeln. Zu diesem Zwecke nahm er den Balkenriemen von der Abzugshebe der Schneidemaschine und legte denselben auf die durch elektrische Kraft angetriebene Transmissionswelle. Auf diesem Riemen haben sich dann die jungen Burchen gehaukelt, bis der jugendliche Arbeiter Rante auf den Gedanken kam, sich von dem Riemen in die Höhe ziehen zu lassen. Er band den Riemen mit Bindfaden zusammen. Der Balkenriemen, der durch das Schaukeln fest geworden war, feste sich an der Welle fest und wickelte sich an derselben auf. Rante ließ sich unter dem Gewicht der übrigen Kinder von dem Riemen mehrmals in die Höhe ziehen und ließ dann wieder auf den Balkenriemen fallen. Beim letzten Versuch blieb er an dem Riemen hängen und wurde so lange um die Transmissionsherumgeschleudert, bis der hinter einer Wand arbeitende Schneidemaschinenführer auf das Unglück aufmerksam gemacht wurde und den Betrieb stilllegte. Der Verunglückte, von dessen Füße sich der Riemen festgezogen hatte, wurde bei jeder Umdrehung der Transmissions mit dem Hintertopfe gegen eine an der Welle befindliche Eisenstange geschleudert, wodurch die hintere Schädeldecke durchschlagen und das Gehirn freigelegt wurde.

Der Verunglückte war der älteste Sohn und einziger Erbsitzer seiner Mutter, einer im gleichen Betriebe beschäftigten Witwe, die bei dem traurigen Anblick ihres Sohnes ohnmächtig wurde.

Im gleichen Betriebe verunglückte am 18. November 1916 die Arbeiterin Marie Kettel aus Niffen, die an einer Gummiwalzenmaschine beschäftigt wurde. Die Arbeiterin wollte von der Filzwalze den

Stoff entfernen, der sich an derselben festgesetzt hatte. Dabei wurde ihre Hand von der Walze erfaßt und die Arbeiterin in die Maschine hineingezogen, wobei sie schwere Arm- und Beinbrüche erlitt.

D obwohl die Arbeiter des Betriebes die Firma von der Schuld an den Unfällen freisprechen, können wir uns diesem Urteile doch nicht ganz anschließen. Gewiß kann die Firma keine Schuld daran treffen, daß die jungen Burchen sich einen derartig gefährlichen Zeitvertreib herausuchten oder daß die Arbeiterin sich unbedauerweise an der Filzwalze zu schaffen machte; aber die Firma hatte die Pflicht, den jugendlichen eine geeignete Speisearaum zum Aufhalten anzuweisen, und sie mußte durch ihre Aufsichtspersonen dafür Sorge tragen, daß ein Betreten der Arbeitsräume während der Pausen durch jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen verhindert wurde.

Zur Friedenszeit gehörte das Reinigen der Filzleitwalzen an den Entwürfermaschinen mit zu den Gelegenheiten des Pappensabwärmers, wobei vorschriftsmäßig die Maschine abgestellt werden sollte. Um Arbeitszeit- und Stoffverluste zu vermeiden, wurden die Walzen gewöhnlich während des Betriebes gereinigt, und nicht selten wurde der Arbeiter von den Vorsetzern als Angestellter tituliert, wenn er auf die Abstellung der Maschine drängte. Aber selbst wenn den Arbeiterinnen das Reinigen der Walzen ausdrücklich verboten wurde und dazu der Aufseher oder ein anderer Arbeiter beauftragt war, so bleibt immer noch, daß die Firma Arbeiterinnen an Maschinen beschäftigt, die ihrer Geschäftlichkeit halber nur erwachsenen Arbeitern zur Bedienung anvertraut werden sollten.

Die in der Papierindustrie tätigen weiblichen und jugendlichen Maschinenarbeiter sollten aus diesen Unfällen ihre Lehre ziehen und bei der Bedienung der Maschinen jede Vorsicht wahren lassen, um Unfälle nach Möglichkeit zu vermeiden. Von den Betriebsleitern und Aufsehern muß verlangt werden, daß sie die ungeschulten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Jugendlichen auf die Gefahren aufmerksam machen, die ihnen drohen, um so zur Verhütung der Unfälle beizutragen. Den Unternehmern aber sollte die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Personen an gefährlichen oder schnelllaufenden Maschinen von den Aufsichtsbehörden untersagt werden; mag der Arbeitermangel auch noch so fühlbar sein. Leben und Gesundheit der Arbeiter müssen höher stehen als Dividenden Tantiemen und Reingewinne.

Den Eltern und Mitarbeitern jugendlicher Arbeiter kann nicht dringend genug angeraten werden, auf diese einzuwirken und ihnen zu schildern, welchen Gefahren sie sich durch Leichtsinn und Unachtsamkeit aussetzen.

Blumen- und Blätterarbeiter, rührt euch!

Es ist keine Frage, daß noch heute Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zu Löhnen zu arbeiten gezwungen sind, die in keinem Verhältnis zu den gestiegenen Lebensmittelpreisen stehen. Zu den schlechtestbezahlten Arbeitern gehören in erster Linie mit die Blumen- und Blätterarbeiter. Eine kleine Aufbesserung der Löhne hat nur bei den Arbeitern stattgefunden, die aber die Mehrausgaben für alle Gebrauchsgüter und Lebensmittel nicht einmal annähernd deckt. Es gibt Fabriken, welche 10 Prozent „Kriegszuschlag“ bezahlen. Wie gering aber die 10 Prozent sind werden sie gleich sehen. Ein Arbeiter muß bei zehnständiger Arbeitszeit täglich 100 Gros Blumen oder Blätter pressen. Er verdient dabei 3.50 M., oder höchstens 4 M. täglich, dazu kommt der Kriegszuschlag von 10 Prozent gleich 35 bis 40 Pf.

Ein mir gut bekannter Arbeiter erhält seit vier Wochen einen Zuschlag von 4 M. die Woche, so daß er jetzt auf den „hohen“ Lohn von 28 M. die Woche kommt. Davon muß nun seine Familie sieben Tage leben und alle sonstigen Ausgaben bestreiten! Zu all den schlechten Löhnen kommt noch die Lohnneinbuße bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Dadurch wird der Jahresverdienst noch ganz erheblich geschmälert. Daraus ist zu ersehen, daß die Blumen- und Blätterindustrie ihnen in der Branche beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen nicht die Möglichkeit gibt, ihre Familien angemessen zu ernähren.

Die Arbeitgeber, vor allem die Besitzer der größeren Fabriken, verdienen desto mehr: es ist ja allbekannt, daß der Arbeitgeber, der seinen Arbeitern wenig Lohn gibt, sich desto mehr beschwert. Wie wäre es sonst möglich, daß ein Unternehmer seit dem Bestehen seiner Fabrik, in 15 Jahren, Millionär werden konnte? Er hat es eben verstanden, und er versteht es auch heute noch, durch die Arbeit anderer sein Kapital zu mehren.

Die Arbeiterschaft in der Blumen- und Blätterindustrie ist für die Unternehmer wie geschaffen. Gehaltlos, abenteuerlich und ohne Garantie, besitzt sie alle die Eigenschaften, die fast immer bei schlechtbezahlten Arbeitern zu finden sind. Nur ein Bruchteil hat den Weg in den Verbund gefunden. Nach einem zehnjährigen Bestehen unserer Fachstelle S-bnis war die Mitgliederzahl noch nicht über 100 hinausgekommen. Dabei sind in Sebnitz circa 1600 Personen in der Branche beschäftigt. Eintreten sind in den zehn Jahren circa 400 Personen, die jedoch teils in andre Organisationen übergetreten sind, oder der Organisation wieder den Rücken gekehrt haben. Die Interessiertheit ist bei uns in der Blumen- und Blätterbranche leider so groß, daß wir nur sehr langsam vorwärts kommen. Dabei sind die Löhne so schlecht für die zu leistende Arbeit, daß eine gewaltige Aufbesserung am Plage wäre. Die kann nur erreicht werden bei einer starken Organisation am Orte. Ein jedes Mitglied, muß es sich deshalb zur Pflicht machen, für den Verbund mitzuarbeiten. Dann wird es auch vorwärts geh'n. Alle Kollegen und Kolleginnen aber, die jetzt für den Verbund arbeiten, werden sich den Dant derrer im Felde sichern, wenn es ihnen selbst unsere Organisation outrecht zu erhalten und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft mit Hilfe des Verbandes zu bessern.

Arno Böche,
Krafftaker im Felde.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Gau 12 (Stz Ludwigschafen).

Am ersten Weihnachtstferntage fand in Ludwigschafen a. Rh. eine Zahlstellenleiterkonferenz für den Gau 12 statt. Eingeladen waren 16 Zahlstellenleiter. Hiervon hatten 10 Zahlstellen zusammen 16 Delegierte entsandt. Die Zahlstellen Mannheim, Ludwigschafen und Speyer delegierten außerdem noch 9 Vertrauensleute aus verschiedenen Industriezweigen. Vertreten waren die Zahlstellen Altsülzheim, Eichenberg, Frankenberg, Kaiserlautern, Ladenburg, Ludwigschafen, Mannheim, Neustadt, Speyer und St. Ingbert. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Altrip, Heidesberg, Nardach, Neuhofen, Oberseheim und Schwefingen. Nicht eingeladen Saarbrücken und Saargemünd.

Genleitet Kollege Schreiber referierte über „Die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen bei der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst“. Redner gab eine Schilderung des abgehaltenen Kongresses, der Vorschläge von Vertretern zu den vorgeschlagenen Ausschüssen, und erläuterte die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes mit der Aufforderung, im Sinne seiner Anweisungen tätig zu sein. Das Gesetz sei eine Tatsache, eine Distinktion über dessen Zweckmäßigkeit sei hinfällig. Aufgabe sei es, die Interessen der Arbeiterschaft in diesem Gesetz wahrzunehmen, aus dem Gesetze das zu machen, was es sein soll. Er forderte deshalb die Anwesenden auf, eine größere Werbekampagne zu entfalten, die Arbeiterschaft über das vaterländische Hilfsdienstgesetz aufzuklären und die Arbeiter und Arbeiterinnen zu den im Gesetz vorgesehenen Ausschüssen Stellung zu nehmen, um es zu ermöglichen, tüchtige Vertreter in den Ausschüssen zu erhalten. Der Verein Gem. der Fabrikanten Mannheim, Abteilung Wohlfahrt, habe zwar schon einen Ausschuß wählen lassen, aber auf eine Art und Weise, daß dagegen Protest eingelegt werden. Besonders verurteilte er das Vorgehen einzelner Arbeiterausschüßmitglieder, die versuchen, auf eigene Faust vorzugehen, ohne sich mit der Arbeiterschaft und der Organisation näher in Verbindung zu setzen. Alle Fragen, Wünsche und Anträge, die die Gewerkschaft betreffen, müssen einmütig mit der Arbeiterschaft, mit den Vertretern der Organisationen und mit der Arbeiterausschüßmitgliedern durchgesprochen werden.

Zu der Distinktion stellte Steinhauer (Gießenberg) die Anfrage, was geschehen konnte, wenn ein Arbeiter bei Wahrnehmung seiner Rechte erfaßt wird. Schreiber verweist auf die im Gesetz vorgeschriebenen Ausschüsse. Haupt (Ludwigschafen) wünscht, daß baldigst die Aus-

führungsbefimmungen vom Kriegsam veröffentlicht werden. Wegen Entlassungen ging er weiter als Schreiber. Die dazu vorgelegenen Aufschüsse müßten in solchen Fällen den Arbeitgebern weitere Arbeitsträfte vorantreiben. Doch (Mannheim) wünscht, daß die Konferenz sich darüber ausspreche, ob Schreiber in seiner Laufbahn recht habe. Damit sei er einverstanden, daß dieses Gesetz das kleinere Übel sei, in der Beurteilung der Genossen, die gegen das Gesetz stimmten und sprachen, dagegen nicht. Er begrüßt das Zusammenarbeiten mit den andern Verbänden und bespricht dann die Schwierigkeiten in der Agitation in Industriestädten, wo hauptsächlich nur ländliche Arbeiter beschäftigt sind. Eine Verpflanzung von tüchtigen Kollegen sei zu empfehlen. Dem Kollegen Schreiber müsse er seine Anerkennung aussprechen, daß es ihm trotz seiner vielfältigen und recht anstrengenden Tätigkeit gelungen sei, in einem chemischen Betriebe Fuß zu fassen. Das beweise, daß Erfolge möglich seien. Frau (Mannheim) ist für die Zusammenarbeit mit andern Organisationen; es müßten alle Kräfte der Arbeiterbewegung zusammenwirken. Leider könnten sie nicht mehr so mitarbeiten als früher, denn bei einer 8stündigen Arbeitszeit in der Woche bliebe keine freie Zeit mehr übrig. Aufgabe für alle Kollegen sei es, eine größere Werbetätigkeit zu entfalten.

Haupt (Ludwigshafen): Eine Minderbedeutung sei nicht notwendig. Ob dem Gesetz von den Vertretern der Arbeiterschaft zugestimmt werden müsse, könne später erörtert werden. Er würde es begrüßen, wenn ein diesbezügliches Flugblatt erscheinen würde, denn ohne Flugblätter sei an die Masse nicht heranzukommen. Seine Meinung sei, man solle einen kleinen Kreis angewiesen. Er bedaure es ebenso wie Schreiber, daß unsere Organisation in den verschiedenen Korporationen nicht den Einfluß hat, der uns gebührt. Das sei aber nur deshalb so, weil wir zu eifrig seien; wir müßten es deshalb ebenso machen wie die andern. Die Wichtigkeit sei es, daß bald die Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben der Arbeiterausschüsse herauskommen. Die Ausführungen Schreibers wegen des Selbstständighandelns einzelner Arbeiterauschüsse müßten auch er weiterstreichen und beurteilen. Die Möglichkeit einheitlicher Arbeiterverbände bestände. Nach seiner Beurteilung prüfe die Militärbehörde bei Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern objektiv. In der chemischen Großindustrie seien die Verhältnisse anders als in andern Betrieben. In großen Betriebsabteilungen seien manchmal nur zehn Personen beschäftigt, da jede jegliche Verbindung unter den Arbeitern. Beim Baden und Umkleiden sei die Zeit zu kurz, um einige Worte miteinander wechseln zu können. Eine Verpflanzung sei schlecht möglich. Die Mitarbeit aller Kollegen sei wichtiger. Heute fehle diese Mitarbeit vielfach; es seien immer nur wenig Kollegen, die uns etwas mitteilen. Erfolgreich könne nur auf der ganzen Linie gearbeitet werden. Bei (Mannheim) meint, es müsse zum Ausdruck kommen, ob der Charakter der Arbeit nicht recht gehandelt habe. Es sei bedauerlich, wenn bei einer Unterhandlung mit dem Unternehmer 7 angestellte Organisationsvertreter erschienen; deshalb sei eine Eingekleidung notwendig. Frau (Ludwigshafen) begrüßt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht den Arbeitern gesichert sei und wünscht, die Kollegen möchten es nun auch benutzen. Wie ist vom Gauvorstand bedauert, daß Delegierte von den andern Zählstellen sich zu wenig geäußert hätten. Ihn würden ganz besonders die Verhältnisse aus dem Neustädter Gebiet interessieren. Kollege Reiser (Neustadt) betont, daß in der Papierindustrie die Verhältnisse recht schlecht seien. Wohl gebe es freie Wohnung und freie Kosten, aber nur Stundenlöhne von 28 Pf. Goeß (Frankfurt) meint, die Papierindustrie im Neustädter und Lombardier Teil habe sich durch die Kriegserhältnisse sehr verbessert, besonders die Firma Gluck (Neustadt), die Schießbaumwolle, Borngänge, Limonum usw. aus Papier fertige, habe Vorteil. Er glaubt nicht, daß diese Produktion aus der Papierindustrie wieder verschwinde. Die Löhne seien während der Kriegszeit um 20 bis 25 Prozent gestiegen, ebenso sei die Kriegszufuhr in ansehnlicher Weise als hoch zu bezeichnen. Damit beschäftigt aber die Firma Gluck zirka 200 Kinder von 14 bis 16 Jahren aus dem kleineren Teil und an gefährlichen Stellen, besonders an den Spinnmaschinen.

Kollege Schreiber betont in seinem Schlusswort, daß eine Minderbedeutung nicht notwendig sei, denn aus dem Kongreß sei es nicht zu einer Abstimmung gekommen, ob die Vertreter der Arbeiter für dieses Gesetz stimmen dürften. Wenn gesagt wurde, bei der Agitation dürfe der Klassenkampf nicht in der Weise ausgeführt werden, und die Unterführungs-einrichtungen würden dafür geprüfert, so betone er, daß die Gewerkschaften einen Klassenkampf nicht führen, denn der Klassenkampf sei etwas ganz anderes als eine Lohnbewegung oder sonst ein wirtschaftlicher Kampf. (Widerstand einzelner Delegierter.) Dann würde eine jede Forderung gegen jeden Nicht-Zammenschiefer, der sich den Bestimmungen einer Forderung nicht fügt, einen Klassenkampf führen. So wäre der Klassenkampf aber nicht anzupassen. Was notwendig sei, das wäre jetzt zu arbeiten, Versammlungen zu arrangieren, um die Arbeiterschaft aufzuklären, und Stellung zu nehmen zu den Wahlen; damit sei der Arbeiterschaft weit mehr gedient.

Im Punkt 2 der Tagesordnung wünscht Schreiber eine baldige Einsetzung der beizubehaltenen Fragebogen. Haupt (Ludwigshafen) wünscht eine Aufstellung über die Beschäftigung von weiblichen Personen, in welchen Betrieben, wieviel beschäftigt werden usw. Daß in der Folge die Agitationskommissionen besser funktionieren, dazu wolle er mit beitragen: die Geheimnisse würden weniger ins Gewicht fallen. Schreiber betont, daß er eine Aufstellung betriebs der Arbeiterschaft machen wolle, leider habe er aber bei den Zählstellen keine Unterstützung gefunden. Die vorgelegten Fragen seien nicht beantwortet worden. Die Anwesenden möchten alle Anregungen bezeichnen: es handle sich heute nicht darum, große Beschlüsse zu fassen, sondern um Anregungen zu geben, die eine größere Werbetätigkeit auslösen müßten. Er teile die Angst nicht und schließe deshalb die Konferenz mit den Worten Goeßes: „Wir sind nicht klein wenn wir uns umfassen, wir sind groß wenn wir uns überwinden.“ Daraus wir also dafür Sorge, daß sie uns nicht überwinden. Schreiber.

Konferenz der Zahlstellenleiter des Gaues 15 (Sitz Hamburg).

Am Sonntag, dem 17. Dezember 1916, tagte im Gewerkschaftshaus in Hamburg eine Konferenz der Zahlstellenleiter des 15. Gaukreises mit der Tagesordnung: 1. Das Hilfsdienstgesetz und die Gewerkschaften; 2. Organisation und Agitation. Mit dem Bericht wurde der Kollege F. Borge, und mit der Führung des Protokolls der Kollege F. Kunz (Kiel) betraut.

Nach Einleitung einiger geschäftlicher Angelegenheiten führte der Kollege Borge zum ersten Punkt der Tagesordnung aus, daß es nicht Aufgabe der Konferenz sein könne, allgemeine Erörterungen über die dem Gesetz entstehenden Mängel zu prägen, sondern daß es vielmehr darauf ankomme, den einzelnen Bestimmungen, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, die praktische Seite abzugewinnen. Er erläuterte darauf die wichtigsten Punkte: 1. des vorliegenden Gesetzes in eingehender Weise. Ferner erbat er im Laufe seiner Ausführungen den Beweis, daß wir Vertreter in Reichstagen mit allen Mitteln versucht haben, das Gesetz so günstig wie möglich für die Arbeiter zu gestalten, und diese Punkte auszuwerten, sei für jeden Gewerkschafter ein Gebot der Gegenwart. Vor allem sei es von Wichtigkeit, tüchtige Vertreter für die Sitzungen zu bestimmen, was besonders die Interessen der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter wahren und vertreten zu können. Am der gleichzeitig in Vorbereitung stehenden Konferenz der Leiter der örtlichen Kreise und Gaue wurde deshalb für die Bezirksauschüsse in Bremen, Lübeck, Flensburg, Hamburg, Altona, Kiel, Stade — und sofern sich die Einsetzung von Sitzungsgruppen an Orten mit Erfolgskommissionen als erforderlich erweisen sollte, für Gewerkschaften, Eisenbahn-Verbindungen und Bergbau — darauf auf die einen Vertreter erhoben werden müssen. In den Zahlstellen Hamburg, Altona und Lübeck, die im Bereiche des 15. Gaukreises liegen, dürfte es natürlich richtig sein, dem Ausschuss seinen Sitz dort zu setzen, wo die größte Zahl der Arbeiter vorfindet ist.

Zusammengefasst müßte weiter auf die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen in den für unsere Verbände zuständigen Betrieben (eine Liste derselben wurde den Teilnehmern der Konferenz zur Verfügung gestellt) gedrungen werden. Unsere Parteileitung müßte rechtzeitig Vorkehrungen treffen, daß nur die bestmöglichen Kräfte auf die Wahltagliste kommen. Mit einem warmen Appell an die Delegierten, sich

bei der Durchführung des Gesetzes nicht selbst auszuschalten, sondern überall praktisch mitzuarbeiten, schließt der Redner seine trefflichen Ausführungen.

Nach beendeter Mittagspause nimmt in der Diskussion der Kollege Adler (Hamburg) das Wort. Zweifellos sei das Gesetz in der vorliegenden Fassung besser als der erste Entwurf der Regierung. Die Mitarbeit unserer Genossen im Reichstage an dem neuen Gesetz verdiene unsere vollste Anerkennung. Von größter Bedeutung seien die Arbeiterausschüsse, wie sie das Gesetz vorsehe. Hoffentlich würde hierbei mit dem alten Uebelstand, daß die Krankenkassenvorstände gleichzeitig den Arbeiterausschüssen bilden, endgültig aufgeräumt. Redner schließt seine Ausführungen mit der Aufforderung, auch dieses durch die Verhältnisse geschaffene Gesetz zugunsten der gesamten Arbeiterschaft auszubauen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung bemerkt der Kollege Borge einleitend, daß die Bestätigung, die bei Ausbruch des Krieges bei einem erheblichen Teil unserer Mitglieder vorhanden war, daß nämlich die Gewerkschaften den Krieg nicht überleben würden, zum Glück nicht eingetroffen ist. Auch die Ansichten, die heute noch hier oder da in die Erscheinung treten, daß unsere alten Agitationsmethoden ihre Wirkung verloren haben, müsse als durchaus irrig bezeichnet werden. Die Statistik über Mitgliederbewegung und Beitragsleistung zeigt uns, daß überall dort, wo die Agitationsmittel mit Eifer und Ausdauer angewendet werden, auch der Erfolg nicht ausbleibt. Als Beweis führt Redner die Zahlstellen Hagen, Delmenhorst, Osterode, Harburg, Kiel u. a. m. an, die besonders in dem letzten Quartal einen nennenswerten Mitgliederzuwachs aufzuweisen hatten. Und wenn in allen Zahlstellen mit derselben Fähigkeit gearbeitet würde, dann müßte es möglich sein, nicht nur den Abgang der zum Heeresdienst eingetragenen Mitglieder wettzumachen, sondern noch außerdem einen Mitgliederzuwachs zu erzielen. Vorbedingung für eine erfolgreiche Agitation sei aber eine starke Organisation, und damit hapere es in diversen Zahlstellen. Unersetzlich sei darum die regelmäßige Abhaltung von Mitgliederversammlungen, Einteilung, besonders der kleineren Zahlstellen, in Bezirke, Entsendung von Bezirksführern, die den mündlichen Verkehr mit den Mitgliedern, Verbreitung der Laufzettel usw. aufrechtzuerhalten haben.

In Zahlstellen mit Industriegebiet muß in Zukunft mehr Wert auf die Abhaltung von Betriebsversammlungen und den Ausbau von Vertrauensmännerkreisen gelegt werden. Erst wo diese Vorbedingungen gegeben, da kann auch mit Erfolg Agitation von Haus zu Haus betrieben werden, wovon die beachtenswerten Erfolge in Harburg, Hagen usw. bereits Zeugnis ablegen.

Auch muß dem regelmäßigen Einholen der Beiträge, der Bildung von Mahnkommissionen in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden. In diesem Sinne für den Ausbau der Organisation zu wirken, sei die heiligste Pflicht aller Verbandsfunktionäre in Gegenwart und Zukunft.

In der Diskussion führt Kollege Adler (Hamburg) aus, daß der Verlauf der Konferenz beweise, daß es richtiger gewesen wäre, schon früh nach Ausbruch des Krieges eine Konferenz der Zahlstellenleiter abzuhalten. Was den Markennutzen anlangt, so ist die Statistik irreführend. Um ein richtiges Bild von der Wirtschaftslage zu erhalten, wird es in Zukunft notwendig sein, die besten Freimärkte mitzuwählen. In schriftlich-agitatorischer Hinsicht hätte während der Kriegszeit mehr gearbeitet werden müssen. Die Zahlstellen würden schon Mittel und Wege für passende Verbreitung finden. Ein Mittel für unsere Agitation gibt es nicht. Alle vom Kollegen Borge in Vorschlag gebrachten Mittel müssen in Anwendung gebracht werden.

In demselben Sinne sprachen noch die Kollegen Radde (Lübeck), Kähler (Radeberg) und Kunz (Kiel). Nachdem Kollege Borge noch kurz auf die mit der Herausgabe von Flugblättern verbundenen Schwierigkeiten hingewiesen und Kollege Bestmann (Emsbörn) dafür eingetreten war, daß den Frauen, deren Männer zum Heeresdienst eingezogen und als gefallen gemeldet werden, das Sterbegeld für die Mitgliedschaft der Frau, sofern beide Mitglieder des Verbandes sind, ausbezahlt wird, erfolgte um 5 1/2 Uhr nach einem kräftigen Mahnwort an die Teilnehmer Schluß der Konferenz.

Rundschau.

Die Stellung des Arbeitervertreters im Kriegsam.

Durch das Sozialdemokratische Pressebureau wird uns folgende Gewerkschaftsnachricht übermittelt: Mit dem Eintritt des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, A. Schlieke, in das Kriegsam als Arbeitervertreter sind in der Presse vielfach irrtümliche Meinungen über dessen Tätigkeit im Kriegsam verbreitet worden. Auch in Gewerkschaftskreisen ist über die Tätigkeit vielfach eine falsche Ansicht vorherrschend, die zu irrigen Erwartungen über seine Tätigkeit führt.

Das Kriegsam ist eine Abteilung des Kriegsministeriums und ebenso wie dieses militärisch organisiert. Auch die während des Krieges erfolgte Heranziehung von Zivilpersonen in das Kriegsamministerium und in das Kriegsam hat an dem Charakter dieser Behörden nichts geändert; sie sind im wesentlichen Stellen, die Heereszwecken dienen, und daraus ergibt sich, daß sie von Sachverständigen, also von Berufsmilitärs, geleitet werden, und daß die Entscheidungen bei diesen liegen.

Der Arbeitervertreter Schlieke ist nicht etwa leitender Ressortchef, wie vielfach angenommen wird, sondern er ist Berater der ebenfalls militärisch organisierten Leitung der Abteilung des Kriegsamts, nämlich des Erlass- und Arbeitsdepartements.

Das schließt natürlich nicht aus, daß die in diesen beiden Behörden tätigen Zivilpersonen auf die Entscheidungen Einfluß ausüben können und auch ausüben. Das werden sie um so mehr tun, je mehr durchschlagende Gründe sie für ihre Vorschläge ins Feld führen können. Dies wiederum verpflichtet sie zur Aufrechterhaltung intimer Verbindung mit den Kreisen, aus denen sie herangezogen sind und als deren Vertrauensmann sie den amtlichen Stellen gegenüber stellen.

Eine Verbindung des Arbeitervertreters im Kriegsam mit den Gewerkschaften ist deshalb sehr notwendig. Diese Verbindung kann auf zweierlei Weise hergestellt werden: 1. durch den direkten Verkehr mit dem Zentrum der Gewerkschaften; 2. durch ein dem Vertreter beigegebenes Vertrauensmänner-Kollegium, das aus Vertretern aller Gewerkschaftsarten besteht. Diese Verbindung mit dem Vertreter recht innig zu gestalten, ist daher die Pflicht der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Bei der Ueberweisung informierender Materials an den Arbeitervertreter im Kriegsam muß jedoch dringend gebeten werden, sich auf wirklich informierendes Material zu beschränken, damit er nicht unnötig in Anspruch genommen wird.

Die Adresse unseres Vertreters ist: Alexander Schlieke, Kriegsam E. D. (Erlass- und Arbeits-Departement), Berlin NW 7, Friedrichstraße Nr. 7.

Zum Interesse der Vertretung der Arbeiter legt es, wenn danach genau verfahren und der Arbeitervertreter im Kriegsam bei seiner Tätigkeit durch die Arbeiter- und Angestelltenverbände unterstützt wird.

Eingegangene Schriften.

Buchdruck zu Steuerzwecken für das Jahr 1917. Von diesem Büchlein sollen unsere Mitglieder reichlich Gebrauch machen. Wir schreiben ausdrücklich Gebrauch machen; es nur zu kaufen, hat keinen Zweck. Der Verfasser will den Arbeitern die Unterlagen schaffen für eine gerechte Einschätzung zur Einkommensteuer. Zu diesem Zweck ist das Büchlein so eingerichtet, daß darin wöchentlich und tageweise die Lohnsummen sowie die nach dem Steuergesetz abzugsberechtigten Beiträge eingetragen werden können. Bei dem Austritt aus der Beschäftigung bedarf es dann nur einer Abstempelung oder unterschriebenen Bestätigung des Unternehmers, um die Eintragungen zu einem einwandfreien Beweismittel für die Steuerbehörde zu machen. Einen besonderen Wert erhält das kleine praktische Büchlein noch durch die Beigabe von Erläuterungen. Der Herausgeber ist langjähriges Mitglied einer Einschätzungskommission und gibt aus seinen Erfahrungen eine Reihe von Hinweisen und Ratsschlüssen, die jedem Arbeiter bei der Steuerveranlagung nützlich und willkommen sein werden. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die gewissenhafte Ausfüllung des Büchleins auch bei statistischen Erhebungen des Verbandes von erheblichem Nutzen sein kann. Zu beziehen ist das Büchlein durch Heinrich Wolfgram, Leipzig, Steinstraße 42, 1. Et., Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei V. G. Der Preis beträgt 30 Pf. Zusendung durch die Post gegen Einbusung von 35 Pf. auch in Briefmarken. Es ist eine Ausgabe für Sachsen und eine für Preußen.

„Dokumente zum Weltkrieg 1914.“ Herausgegeben von Eduard Bernheim. Verlag: Buchhandlung Bornmütz, Paul Singer, 3. u. 6. S., Berlin SW 68. — In dieser Sammlung ist das 15. Heft: „Das englische Blaubuch“, dritter Teil, erschienen. Preis 60 Pf. Dieses Heft ist eine notwendige Ergänzung der in den beiden andern Blaubüchern nicht enthaltenen sowie eine Vervollständigung der dort unvollkommen wiedergegebenen Depeschen. Zu beziehen sind diese Hefte durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Freienwalde 54,81. P. 80,35. E. 145,20. E. 17,50. Sch. 32,60. Barth 239,20. Radeberg 207,02. Walsrode 127,81. Drießen 37,77. Malchow i. M. 23,16. Friedland (Bez. B.) 21,05. Wahren i. M. 19,57. Plauen i. B. 420,64. Heegermühle 212,53. Lüßen 108,48. Greifenhagen 98,97. Waireuth 63,12. Lüß 60,44. Osterholz 36,20. Dorst 31,18. Gronau 29,20. Radeburg 26,89. Hönningen 26,57. Witz 18,09. Broßstedt 11,07. Gr.-Müden 10,66. Wechselburg 9,01. Meiningen 9,—. Wöngrowitz —50. Magdeburg 3000,—. Bitterfeld 2138,17. Langelsheim 279,41. Brudmühl 239,13. Schütz 206,48. Wärsleben 161,44. Barel i. D. 60,99. Lüßhen 34,96. Mühlheim 30,05. Konstanz 26,43. Burg b. M. 23,90. Veer i. Ostf. 22,31. Elmshorn 18,61. Müritz 14,24. Jiegenhals 9,99. W.-glau 5,28. Ramenz 4,50. Jmenau 4,11. Kiel 1037,60. Dorby 529,03. Kalbe a. d. S. 368,67. Zeitz 239,48. Neuhofen 93,62. Radeburg 80,69. Mühlberg 78,88. Egeln 55,15. Biere 22,70. Goldberg i. Schl. 21,93. Schönb. 14,94. Nienburg a. d. W. 11,30. Treuenbriezen —21. Jahnau 297,72. Frankfurt a. M. 800,—. Brunsbüttelkoog 435,59. Arnshadt 217,82. Eisenach 99,02. Schweidnitz 45,85. Harlingerode 13,19. Bad Lausitz 11,29. Osterwied a. S. 4,63. Stöckfurt 546,55. Jena 367,68. W.-glau 295,31. Hennigsdorf 290,19. Neumünster 272,97. W.-glau i. E. 261,95. Wornitz 218,13. Gütrow 117,97. Ulrich 27,21. Stolp i. P. 24,47. Grevesmühlen 9,41. Barth 3,—. Jinsen 34 689,45.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Rattowitz 4,60. Uckermark 1,80. Merseburg 4,20. Heegermühle 6,35. Plauen i. B. 3,90. Schütz 8,35. Jahnitz 2,20. Ramenz —50. Treuenbriezen —90. Berlin 177,75. Landsberg a. b. W. 5,40.

Schluss: Montag, den 8. Januar, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1916 haben eingelangt:

Danzig, Helmstedt, Woldegl, Wöngrowitz, Jöhennid, Schönebed, Neumarkt i. Schl., Freienwalde a. d. D., Hasselbeke, Hainichen, Malchow, Kolberg, Drießen, Barth, Breditz, Waireuth, Neubrandenburg, Meiningen, Breslau, Hönningen, Schönditz, Neuhaldensleben, Lüß, Dorst, Dorsten, Altkl.heim, Groß-Beiten, Lehrte, Groß-Müden, Mgen, Jauer, Müllstedt, Gronau, Briezen, Nordhalben, Ramenz, Heegermühle, Greifenhagen, Wechselburg, Treuenbriezen, Jlenzburg, Reichena, Brudmühl, Trostberg, Mainz, Lüßhen, Gollnow, Barel, Bitterfeld, Radeburg, Jahnitz, Konstanz, Langelsheim, Wehlau, Jiegenhals, Seligenstadt, Müritz, Veer i. D., Eßlingen, Erlangen, Kiel, Mühlberg a. d. E., Magdeburg, Schwemingen, Neuhofen, Biere, Zeitz, Düsseldorf, Heißbronn, Egeln, Kalbe, Goldberg, Müllparren i. E., Nienburg, Friedland b. Br., Gelle, Harlingerode, Wartin, Brunsbüttelkoog, Wittenberge, Bad Lausitz, Tangermünde, Westerlamb Lübnitz, Küstrin, Schweinfurt, Friedland i. M., Grabow, Walsrode, Mügeln b. Dr., Dresden, Neumünster, Stöckfurt, Ulrich, Kolbitz, Osterholz, Kößen, Jmenau, Wärsleben, Göttha, Wornitz, Osterwied, Warnemünde, Stolp i. P., Grevesmühlen, Welle, Jürth, Jena, Duerfurt.

Eingegangene Zahlstelle.

Leidingsfeld. (An Schweinfurt angeschlossen.)

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
391 688	Gottlieb Weller	4. 9. 1862	23. 4. 1914	Stuttgart
330 576	Friedrich Biermord	4. 8. 1868	1. 3. 1908	Ermsteden
472 557	Marie Schappe	27. 12. 18 7	20. 2. 1911	Heß
376 510	Marie Schwarztopf	9. 9. 1883	8. 9. 1909	Mü nberg
484 45	Karl Weijner	29. 5. 18 4	26. 7. 1911	Röln
403 443	Franz Fenzel	24. 8. 1876	25. 2. 1907	Mannheim
413 224	Johann Flechinger	19. 2. 1855	7. 3. 1901	Magdeburg
Kartennr.				
422 570	Franz Böllner	1. 11. 1871	21. 5. 1916	Röln

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Angsburg. 1. Bevollmächtigter: Faber Kohler, Seifstraße 29. Dessau. 1. Bevollmächtigter: Franz Täubrecht, Bauhofstr. 10. Freienwalde. Wilhelm Pinkpart, Viktor-Blüten-Straße 2. Jahnitz. Gustav Valentin, Dorfstraße 100. Nordhalben. Johann Escherl, Nr. 1. Osdorf. Karl Sterzing, Reinhardtstr. 10. Wittenberge. Emil Martin, Bergstraße 19. Wriezen. Friedrich Schöne, Ratsstraße 14.

Munitions- und Arbeiter

sucht bei freier Reise Chem. Fabrik Griesheim-Elektron. Redaktionen aus Thüringen und angrenzenden Gebieten sind in rüch an Städt. Arbeitsnachweis, Weimar. 15.-